

# Der Grundstein

## Wochenblatt des Deutschen Bauergewerksbundes

für Vermeister, Gesellen, Lehrlinge u. Hilfsarbeiter in Maurer-, Beton-, Tiefbau-, u. Dachdeckerbetrieben, in der Kachelofen- u. Steinzeugindustrie, in Scheibentöpfereien und Glasereien, in Puffer- und Stuckbetrieben, für Asphaltierer und die Arbeiter im Straßenbau, Isolierer, Fliesenleger, Ofenseger, Steinholz- und Terrazzoarbeiter

ersch. wöchentlich Sonnabends. Monatsbezugpreis 1,- RM. (ohne Postgeb.). Bestellungen nur durch die Post. Schluß des Abtakes Montags früh

Herausgeber: Deutscher Bauergewerksbund

Berlin SW 68, Friedrichstr. 5-6. Fernspr.: 27. Adressb. 7650, 7651, 6240. Postfach. Berlin 68232

Kontanto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Berlin S 14, Deutscher Bauergewerksbund, Zentrale, Geschäftsanfragen nach Carl durch „Berba“, Berlin SW 11.

# Bauarbeiter-Ostern



Ostern - Auferstehungszeit!  
In den Bäumen, in Oesträuchen,  
In den Feldern weit und breit  
Muß der Tod dem Leben weichen!  
Neues Grünen, neues Blühen!  
Neues Leben, neues Mähen!  
Die Natur mit Emsigkeit  
Wirkt ihr buntes Frühlingskleid!

Ostern - Auferstehungszeit!  
Neues Leben regt die Schwingen,  
Scheucht von hinnen Wintersleid!  
Durch die Lüfte harzt das Singen  
Muntrer Vögel. Ihre Lieder  
Klingen auf und klingen nieder -  
Im Gebüsch und fern im Nid  
Tönt der Vögel Frühlingslied.

Ostern - Auferstehungszeit!  
Gilt dies nicht für dich und mich?  
Niemt dem Menschen nur das Leid?  
Sollst du, Bruder, und soll ich  
Nicht nach Auferstehung streben,  
Sollen wir's nicht auch erleben,  
Sollen wir nicht auch empfinden,  
Dieses große Lebensfinden?

Ostern - Auferstehungszeit!  
Auf, ihr Schwestern, auf, ihr Brüder!  
Süht euch gleichfalls lastbefreit!  
Stecht den Knospenzweig an's Nieder,  
Schmüct mit hellem Grün den Hut!  
Lenzestag gibt Lebensmut!  
Ostertag heißt Auferstehung!  
Frühlingsstag heißt Menscherhöhung!

Ostern - Auferstehungszeit!  
Steht in Freud und Leid zusammen,  
Schließt die Reihen haßbefreit!  
Mit der Ueberzeugungslammen  
Müht ihr euch dem Kampfe weihen,  
Gilt es doch, euch zu befreien  
Aus dem Joch der Sklaverei,  
Daß die Arbeit werde frei!

Ostern - Auferstehungszeit!  
Ja, wir wollen auferstehen,  
Alle Völker weit und breit!  
Wollen treu zusammenstehen,  
Unverzag und unverdrossen,  
Stegbereit und kampfschlossen,  
Bis aus Ighänden Mammons Banden  
Alle Völker auferstanden!

Loefsa.



### Zum außerordentlichen Gewerkschaftskongress.

Über sechs Millionen arbeitswilliger Menschen werden in Deutschland von langjähriger Arbeitslosigkeit gefoltert. Eine grauenhafte Zahl. Sie spricht aus, daß ein Viertel der deutschen Bevölkerung hungert. Alle Regierungsmaßnahmen, alle Notverordnungen haben das Uebel nur vergrößert. Das wurde vorausgesehen und vorausgesagt. Auch die Vierte Notverordnung, die verordneten Lohnabbau mit Preisabbau ausgleichen wollte, um die allgemeine Kaufkraft nicht noch mehr zu schmälern, ist ins Bodenlose versackt. Der Lohnabbau ist da, der geringe Preisabbau gleich ihn nicht aus, und nunmehr klettert die Preise trotz Preislenkungs-Kommissar wieder in die Höhe. Stärkere Arbeitslosigkeit ist die naturnotwendige Folge. Kein Wunder, wenn nun millionenfach der Schrei erschallt: Heraus aus dieser Sackgasse! Der Ausschuß des DGB, erhob am 15. und 16. Februar als wirtschaftlicher Sachwalter der arbeitenden Bevölkerung mit Leidenschaft seine Stimme. Er verlangte vom Staate Arbeitsbeschaffung! Zugleich warf er auch die Frage der Finanzierung auf. Nicht, daß er der Meinung war, die ungeheure Wirtschaftskrise in Deutschland sei reiflos zu befeitigen; das läßt die zerfahrene Politik der Privatwirtschaft, das Lassen die verworrenen welt-politischen Zustände nicht zu. Dazu wäre in erster Linie notwendig eine grundlegende nationale und internationale Vereinigung der Produktions- und Kreditwirtschaft.

Ein solcher Reinigungsprozeß innerhalb der kapitalistischen Wirtschaft kann sich jedoch verhältnismäßig nur langsam vollziehen. Ja, es ist fraglich, ob er in den nächsten Jahren überhaupt gelingt. Aber eine Ummilderung der Krise wäre sofort möglich! Es ist in Deutschland möglich, durch energische Maßnahmen mehr Menschen in Arbeit zu bringen und dadurch mehr Kauf- und Steuerkraft zu schaffen. Und ist erst der umgekehrte Kreislauf der Wirtschaft begonnen, so wird eine weitere Schwächung der Wirtschaftskrise wahrscheintlich. Das ist es, was jene denkwürdige Ausschußsitzung des DGB, beriet und den einstimmigen Entschluß reifen ließ, zum 23. März einen außerordentlichen Gewerkschaftskongress einzuberufen, auf dem ausschließlich und nur die Frage der Arbeitsbeschaffung zur Beratung steht und der laute Ruf durch die Lande schallen soll: Wenig des Glanzes! Her mit der Charinade für das vor Anrube um seine Existenz stehende Arbeitsvolk! Her mit Arbeitsbeschaffung!

Diese Forderung wird von den berufenen Vertretern der deutschen Arbeiterchaft am 23. März im Plenarsaal des Reichstags zu Berlin energisch erhoben werden. Aber darauf allein wird sich der Kongress nicht beschränken. Er wird aufzeigen, in welcher Weise zur Erfüllung dieser Forderung die Mittel zu beschaffen sind. Die Frage der Finanzierung der Arbeitsbeschaffung wird abermals zur Ansprache stehen. Bereits die Ausschußsitzung am 15. und 16. Februar hat Wege hierzu gewiesen. Des fatalen Hoffens und Harrens muß ein Ende sein. Die Arbeiterchaft hat keine Lust mehr, sich immer wieder mit nichtsagenden Verdrüstungen abspelsen zu lassen. Es muß etwas gegen die sich von Tag zu Tag steigende Not unternommen werden! Der klugen Reden hat die Arbeiterchaft genug gehört!

Die Blinde der deutschen Arbeiterchaft trichten sich auf den Hals. Wenn die Wirtschaftsführer — teils aus Unfähigkeit, teils weil sie den brennenden Widerspruch der Privatwirtschaft ohnmächtig gegenübersehen — verlangen, dann muß der Staat eingreifen. Er muß, da alle anderen Arbeitsquellen verstopft sind, Luft schaffen durch Inangriffnahme großer öffentlicher Arbeiten. Diese Notwendigkeit scheint endlich auch im Reichsarbeitsministerium zu dämmern. Es hat Vorschläge ausgearbeitet, die Arbeitsbeschaffung in größerem Ausmaße zum Ziele haben. Diese Vorschläge sehen vor Aufträge der Reichsbahn in Höhe von 300 Millionen, der Reichspost von 100 Millionen; für Straßenbau sollen 300 bis 400 Millionen, für landwirtschaftliche Bodengewinnung 200 bis 300 Millionen, für Wasserbau 50 Millionen, für die Förderung des Kleinwohnungsbaues 200 Millionen aufgewendet werden. Außerdem soll die Gesellschaft für öffentliche Arbeiten, die die produktive Erwerbslosenfürsorge finanziert, zusätzlich 50 Millionen zur Durchführung eines erweiterten Arbeitsprogramms erhalten. Im Kohlenbergbau soll die Arbeitsfreudung systematisch durchgeführt werden. Man denkt dabei an die 40-Stunden-Woche oder an das sogenannte Krümper-system. Leider will man trotz aller Warnungen und üblen Erfahrungen auch wieder 25 bis 30 Millionen fließen machen für den sogenannten freiwilligen Arbeitsdienst.

Auf diese Weise glaubt man, für 800 000 Arbeiter direkt oder indirekt Arbeit zu beschaffen. Beschäbe

dies, so würde die Folge eine belobende Wirkung auf das gesamte Wirtschaftsleben sein.

Wir begrüßen die Vorschläge des Reichsarbeitsministeriums. Allerdings wäre liebhaft zu wünschen, daß diese Vorschläge, mit denen wir in manchen Einzelheiten nicht einverstanden sind, nicht in endlosen Beratungen stecken bleiben. Vor allem wünschen wir, daß der Kleinwohnungsbaue besser als vorgesehen berücksichtigt würde. Ursprünglich war die wichtigste Bestimmung der Hauszinssteuer die Förderung des Wohnungsbaues. Die Gegner des öffentlichen Wohnungsbaues haben es freilich verstanden, ihn so herunterzureden, daß die sogenannte öffentliche Meinung ihn mit dem Argument ablehnt, es gäbe schon genug leere Wohnungen. In Wirklichkeit ist noch für Hunderttausende von Kleinwohnungen dringendstes Bedürfnis vorhanden. Die durch die letzte Notverordnung ermäßigte Hauszinssteuer vermag heute kaum noch den Finanzbedarf der Länder und Kommunen zu decken, so daß, falls man diesen unerquicklichen Zustand nicht nach den Vorschlägen der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion ändert, von Kleinwohnungsbaue in irgendwelchem leidlichen Ausmaße nicht mehr die Rede sein kann. Jedenfalls müssen Möglichkeiten geschaffen werden, um den Kleinwohnungsbaue nicht versacken zu lassen.

Es gibt Möglichkeiten, um in einem leidlichen Ausmaße Arbeit zu beschaffen und Mittel hierzu aufzubringen. So ist das Institut für Konjunkturforschung der Meinung, daß angesichts der unsicheren Zustände

### Bauunternehmer wünschen Rechtsbruch durch Reichsarbeitsministerium!

Die Allgemeinverbindlichkeit der durch Notverordnung festgesetzten Löhne im Baugewerbe ist bekanntlich durch das Reichsarbeitsministerium abgelehnt worden. Wir mühten uns damit abfinden. Außerdem waren wir auf Grund des Reichsarbeitsvertrages verpflichtet, uns zu Verhandlungen zu stellen, um die neue Lohngestaltung im Baugewerbe für 1932 festzulegen. Das Ergebnis dieser Verhandlung ist im „Grundstein“ Nr. 9 mitgeteilt. Der Verdrag der Lohnverhandlungen wäre demnach für jeden Anvordereingekommen klar. Den Unternehmern paßt jedoch diese Ehrlichkeit nicht, sie verlangen vielmehr in ihren Zeitschriften, das Reichsarbeitsministerium solle die durch die Notverordnung festgesetzten Löhne einfach vor Ablauf der in der Notverordnung genannten Frist außer Kraft setzen. In der „Bauwelt“ wird von einer Einigkeit der baugewerblichen Arbeitgeber an das Reichsarbeitsministerium erzählt, in der gefordert wird, das Reichsarbeitsministerium solle die der Bauwirtschaft durch den gesetzlichen Zwang der Notverordnung auferlegten Löhne möglichst sofort außer Kraft setzen. Ob die Bauunternehmer diese Forderung aus eigener Initiative gestellt haben oder ob sie durch die Ministerialbürokratie dazu ermuntert sind, können wir natürlich nicht feststellen. Die zweite Vermutung ist deswegen nicht von der Hand zu weisen, weil der Gedanke, die geltenden Löhne schon am 1. April außer Kraft zu setzen, im Reichsarbeitsministerium von manchen Vertretern des Ministeriums geäußert wurde. Obgleich die Durchführung dieses Gedanken von einem anderen Vertreter des Ministeriums zurückgewiesen wurde, scheint man sich jetzt doch ernsthaft damit zu befassen, den Reichsarbeitsminister zu einer Durchbrechung der Notverordnung bestimmen zu wollen. Es heißt in dem Aufsatz in der „Bauwelt“: „Dabei ist dringend zu wünschen, daß das Reichsarbeitsministerium eine Durchbrechung der Notverordnung in dieser Richtung zustande bringt.“ Man fordert also einen glatten Bruch des ohnehin schon von einschneidender Bedeutung für die Arbeiter geltenden Rechts aus der Notverordnung. Die „Begründung“ der Unternehmer, mit einer Herabsetzung der Laufdauer der geltenden Löhne könne eine unmittelbare Entlastung des Arbeitsmarktes im Baugewerbe eintreten, mußte an, als ob die Bauunternehmer weltersen von aller Wirtschaftswirklichkeit lebten. Diese Auffassung ist nicht mehr als Optimismus über wirtschaftliche Einsicht zu werten, sondern als Ausmaß einer Gemütsverfassung, die sich der Tragweite dessen, was sie vor hat, nicht mehr klar ist.

Man will mit diesem Vorschlag auch in die anzubeurteilenden Verhandlungen über das Lohnverfahren eingreifen und hofft, auf diesem Wege eine Beschleunigung zu erreichen. Dieser Vorstoß in der „Bauwelt“ und die zur Zeit gelübte Praxis der Unternehmer stehen in einem vollkommenen Widerspruch. Würde den Unternehmern tatsächlich daran gelegen sein, die Löhne schnellstens zu regeln, dann hätten sie sich wegen der Festlegung der Verhandlungen mehr beeilt. Entgegen den Bauptungen in der oben genannten Verhandlung wegen der Feststellung des Lohnverfahrens im zweiten Vertragsjahr haben die Unternehmer in der Verhandlungsfrage keinerlei Eile an den Tag gelegt. Trotzdem will man die Öffentlichkeit jetzt mobil machen, um schnellstens zu Verhandlungen zu kommen. Der ganze Vorstoß mußte besonders eigenartig an, weil man die Kreise, die diesen Vorstoß in der „Bauwelt“ veranlaßt haben, leider nicht feststellen kann. Daß es sich aber ein anderer hat an der Entwidlung dieser Dinge nicht das in dem Aufsatz zutage-geleitete Interesse.

Man hat auch in der „Bauwelt“ schon Richtlinien für das Lohnverfahren aufgestellt und verlangt, falls keine Einigung in den Parterverhandlungen zustande kommt, daß „nach Ablauf der letzten Tariflöhne, freie Löhne vereinbart werden können, es sei denn, daß die Geschäftsgesellschaften am Zustandekommen eines Lohnvertrages mitwirken.“ Der Wunsch ist, frei von jeder Bindung zu sein, um das für die Unternehmer günstig ausfallende unbedingte freie Spiel der Kräfte auf dem Arbeitsmarkt zur Durchführung zu bringen. Was den Arbeitern bei dieser „Freiheit auf dem Arbeitsmarkt“ erbüßen soll, zeigen die Lohnabbau-

mindestens eine Milliarde in Strümpfen und Trüben verborgen liegen. Es dürfte — so sagt das Institut — möglich sein, durch Auflegung einer Geldprämie an die des Reiches dieses Geld mindestens teilweise für Zwecke der Arbeitsbeschaffung mobil zu machen. Diese Wege sucht auch Oesterreich zu wandeln; in den Vereinigten Staaten wird dieser Gedanke ebenfalls eifrig erörtert. Es gibt also Wege, die die Möglichkeit zusätzlicher Arbeitsbeschaffung eröffnen.

Der außerordentliche Gewerkschaftskongress wird sprechen. Er wird anklagen, zugleich aber auch der Öffentlichkeit Vorschläge zur teilweisen Wiedermachung unterbreiten. Er wird von der Reichsregierung energisches Handeln verlangen. Ein Staat, der ein Viertel seiner Bewohner von seinem Tisch lößt, darf diese traurige Tatsache unter keinen Umständen zum Dauerzustand werden lassen. Das wäre ebenso unmöglich wie unerträglich. Der Staat hat die Pflicht, in die Anarchie der kapitalistischen Wirtschaft einzugreifen und regeln einzugreifen. Wir verlangen vom Reichskabinett stärkere Entschlossenheit. Geschleht dies, dann besorgt das weitere die Entwicklung. Der sozialistische Wille wird zum Staatswillen werden...

Der außerordentliche Gewerkschaftskongress hat das Wort. Fordernd, mahnend und warnend wird er auftreten. Die deutsche Arbeiterchaft hat es satt, sich noch länger mit leeren Versprechungen hinhalten zu lassen. Sie fordert Taten. Das deutsche Arbeitsvolk will heraus aus den Nöten der Zeit. Wege hierfür gibt es. Man beschreibe sie!

forderungen der Unternehmer, die zwar bisher nur leise angedeutet sind, aber den in einigen Bezirken bereits gestellten Forderungen entsprechen. Danach will man „den Friedenslohn mit dem Lebenshaltungssindex in eine gewisse Übereinstimmung bringen.“ Auch denkt man, daß es möglich sei, „das Friedensverhältnis zwischen dem Bauarbeiterlohn und dem Lohn der führenden Industrien in den einzelnen Bezirken als Richtlinie“ zu nehmen. Schließlich sollen auch die auf diese Art zustande gekommenen Lohnsätze nicht über den 1. Oktober 1932 hinaus gelten.

So stellen sich die Unternehmer die Entwidlung der Lohngestaltung für dieses Jahr vor. Ihnen ist es um alles andere zu tun, nur nicht um ruhige Arbeit auf der Arbeitsfront. Das Reichsarbeitsministerium die Aufordnung der Lohnverträge zum Reichsarbeitsministerium übermitteln und um eigenmächtig nicht mehr herablassen kann, sehen wir immerhin noch voraus, daß das Reichsarbeitsministerium dieser Willkür der Unternehmer nicht entsprechen wird. Jedenfalls zeigt aber dieser offene Vorstoß der Bauunternehmer, daß man gewillt ist, rücksichtslos gegen die Bauarbeiter vorzugehen. Und das muß unsere Kollegen, soweit sie in ihrer Auffassung noch nicht ganz gefestigt sind, dazu bringen, nun erst recht ihre wirtschaftliche Interessenvertretung zu stärken, zu fördern und zu schärfen gegen die Angriffe nicht nur der Unternehmer, sondern auch ihrer Kräfte, die bestrebt sind, am Baugewerbe nicht interessierten Kreisen vorzuziehen, die einzige Stärke der Arbeiter im schweren Wirtschaftskampf zerlegen zu müssen. Kollegen, wehrt diese Angriffe der Gegner der Unberufenen und Unernstlichen ab, damit wir möglichst ungehindert über diese schwere Zeit hinwegkommen und unsere Kräfte für kommende bessere Zeiten nachrüchlich wieder in den Interessenkampf zwischen Arbeiter und Unternehmer einsehen können! Mehr denn je kommt es jetzt darauf an, der Organisation in ihrem schweren Kampfe die Treue zu bewahren!

### „Nicht mehr bauen!“

Im „Berliner Tageblatt“ vom 10. März nimmt Dr. Erwin Löffel zur Frage der Arbeitsbeschaffung Stellung. Positive Vorschläge macht er allerdings nicht, er glaubt vielmehr, gegen Arbeitsbeschaffungspläne auf dem Gebiete des Wohnungsbaues keine „warnende Stimme“ erheben zu müssen. Es heißt da: „Allerdings beliebt jetzt die Gefahr, daß man, von der Vorstellung ausgehend, das Baugewerbe sei die Schlüsselindustrie par excellence, zu einer unter den heutigen Verhältnissen verfehlten Anhubelung der Bauaktivität kommt. Aus ist es zwar richtig, daß eine Wiederbelebung des Wohnungsbaues mit Ineffizienzen, die letztlich der Sphäre der Konsumtion zugeute kommen, für zahllose Industrien und Hilfsgerwerbe neue Aufträge bringt, und daß sie zahlreiche Hände beschäftigt. Weiterhin ist es richtig, daß es in Deutschland, und nicht nur in den Großstädten, noch ein ausgebreitetes Wohnungsbedürfnis gibt, eine Ueberfüllung schlechter, ungesunder Wohnungen. Aber gerade die Bevölkerungsschicht, die hierunter zu leiden hat, ist verarmt, vielfach sogar verelendet; sie kann die Miete für Neubauwohnungen, mögen diese jetzt auch besonders billig zu erstellen sein, nicht aufbringen. Eine Sozialpolitik, die den ärmsten Mitbürgern zuerst mietfreie, oder doch wenigstens durch öffentliche Zuschüsse stark verbilligte Wohnungen beschafft, mit dem Erfolg, daß dann bei der allgemeinen Finanznot der öffentlichen Körperschaften die Mittel für die laufenden Unterhaltungen fehlen, daß jenen Menschen nicht mehr der notwendige Lebensunterhalt gegeben werden kann — eine solche Sozialpolitik ist nicht gutzubehalten. Für den überwiegenden Teil der Bevölkerung aber, für diejenigen Menschen, die aus ihrem Arbeitseinkommen oder aus den sozialen Unterhaltungen noch die Mieten bezahlen können; für diese gibt es keinen Wohnungsbedarf mehr. Wir haben also in Deutschland zwar noch Wohnungsbedarf, aber keine Wohnungsnof. Deshalb wäre es verfehlt, Teile des volkswirtschaftlichen Kapitals oder gar öffentliche Mittel im städtischen Wohnungsbaue zu investieren.“

Der Verfasser glaubt, diese Feststellung klinge für manchen überraschend. Und überrascht sie nicht. Wir kennen seit langem diese und ähnliche gegen den Wohnungsverschlechterer Melodien. Sie wurden angeklungen von den Verfechtern des Privatkapitalismus, die in der Nachkriegsentwicklung des Wohnungsbaus eine Gefahr für das kapitalistische Prinzip erblickten. Es wurden für viele Millionen Mark Wohnungen von Genossenschaften gebaut. Diese großen Volkswirtschaften sind dem Gemeinwohl dienlich. Die Privatkapitalisten entzogen und befinden sich in der Hand gemeinwirtschaftlicher Organisationen. Gegen diese Kürzung in der Entwicklung des Wohnungsbaus sind von jener Seite schon viele Ankerpunkte ausgesprochen worden. Diesen Kräften war die Krise eine willkommenen Gelegenheit, der Wohnungsbaupolitik eine Wendung zu geben. Diese Wendung, so rechnen sie, sei um so radikaler, je rücksichtsloser mit den bisherigen faulstumpfen Finanzierungsverfahren gebrochen werde. In der Finanznot der öffentlichen Körperschaften und der durch sie beeinflussten Einstellung der maßgebenden Personen in den amtlichen Stellen fanden sie die besten Bundesgenossen.

Der Verfasser des angeführten Artikels begründet seine Warnung vor der Verwendung von Arbeitsbeschaffungsgebern für den Wohnungsbau mit der Behauptung, es gäbe keine Wohnungsnot mehr, sondern nur noch Wohnungsleere. Diese Behauptung ist zum mindesten schwerer zu beweisen als das Gegenteil. Die heute leerstehenden Wohnungen können ebenfalls kein Beweis dafür sein, denn auch in normalen Zeiten (vor dem Kriege) war eine den heutigen Umständen entsprechende Anzahl von leerstehenden Wohnungen vorhanden. Bei einem großen Teil der heute leerstehenden Wohnungen handelt es sich um Altbau-Grundstücken, deren Mieten im Verhältnis zu ihrem Wohnwert nicht nur für den sozialer Not befindlichen Teil des Volkes, sondern für fast alle Volksschichten unerträglich sind. Die während der Krise leerstehenden Neubaugewerke als Maßstab für den Wohnungsbedarf anzusehen, ist falsch. Bestimmt lassen sich viele, die bei normalen Wirtschaftsverhältnissen den Wunsch und auch die Mittel zum Bezug von Neubaugewerken hätten, durch die Unsicherheit ihrer Existenz während der Krise davon abhalten. Deshalb ist eine Ablehnung von Arbeitsbeschaffungsplänen für den Wohnungsbau mit dem Hinweis auf die leerstehenden Wohnungen vernunftgemäß nicht zu begründen. Dr. Löff legt dar, daß die Begründung in erster Linie auf das Gebiet der Bevölkerungsbewegung. Als Unterlage dient ihm dabei eine von der Sumaristik der Haus- und Grundbesitzverhältnisse herausgegebene bevölkerungswirtschaftliche Schrift. Wir betreten nicht den unmittelbaren Zusammenhang zwischen der Bevölkerungsbewegung und dem Wohnungsbedarf. Wir hüten uns aber auch vor dem Gegenteil, nämlich diese Zusammenhänge zu übersehen. Neben den bevölkerungspolitischen Momenten spielt für den zukünftigen Wohnungsbedarf die Entwicklung des gesamten Volkswirtschafts eine ausschlaggebende Rolle. Um auf eine lange Zeit — 20 Jahre hat der Verfasser genannt — eine Voraussage geben zu können, dazu müssen wir uns nicht hellsehend genug. Auf die Frage, ob bei der Arbeitsbeschaffung der Wohnungsbau ein günstiges Objekt darstellt, gibt der Ablauf früherer Krisen eine Antwort, die trotz der Vereinnahmung von manchen Seiten immer noch gültig ist. Eine Begleiterscheinung jeder Krise ist das Bruchgehen eines Teiles des vorhandenen flüssigen Kapitals. Diese Geldbesitzer halten ihr Kapital, veranlaßt durch die Unsicherheit, von kurzfristigen Anlagen zurück. In früheren Krisen war dann die langfristige Anlage im Wohnungsbau die lohnendste und sicherste Anlage für diese Kapitalisten. Die Inanspruchnahme des Baugewerbes als Schlüsselgewerbe wirkte dann, nachdem die Kapitalisten durch die verschiedenen Wirtschaftskrisen ihren Weg genommen, allgemein lebend auf die gesamte Wirtschaft. In der heutigen Situation hat sich nach unserer Meinung gegenüber früheren Krisen in bezug auf den Wohnungsbedarf wenig geändert. Es bleibt nur die Frage übrig, ob der Wohnungsbau für die privaten Kapitalbesitzer eine lohnende Anlage bietet. Das wird von vielen, vor allem von privatkapitalistisch eingestellten Kreisen, verneint. Man darf aber nicht übersehen, daß durch das Zurückziehen der Banknoten die Aussicht auf eine rentablere Gestaltung des Wohnungsbaus weit günstiger ist als zur Zeit der Hochkonjunktur. Der Baubestand ist von 181 Ende 1929 auf 128 im Anfang März d. J. gesunken. Wohnungen, bei den jetzt niedrigen Baukosten erstellt, würden in ihrer Mietpreisgestaltung wesentlich günstiger dastehen als die in den letzten Jahren erstellten. Von diesem Gesichtspunkt aus gesehen kann man den Wohnungsbau in der heutigen Zeit als durchaus gewinnbringend ansehen. Es gibt sehr viele Verfechter der Arbeitsbeschaffungspläne, die auf dem Standpunkt stehen, es komme nicht so sehr darauf an, was zur Behebung unserer Wirtschaft in Angriff genommen wird, sondern daß überhaupt erst einmal Arbeit beschafft wird. Ein großer Fortschritt ist schon erreicht, wenn es gelingt, einen wesentlichen Teil der unter der furchtbaren Last leidenden Arbeitslosen in Arbeit zu bringen. Deshalb sind wir der Auffassung, daß die Anknüpfung der Bauwirtschaft und vor allem des Wohnungsbaus die geminnversprechendste aller Arbeitsbeschaffungsmöglichkeiten sind. Darum ist unsere Forderung nicht von dem Dr. Löff, nicht mehr zu bauen, sondern: „Wir müssen bauen!“

### Arbeitsmarkt und Baupolitik.

Der Mitteldeutsche Bezirksverein Halle der Deutschen Bauwirtschaft für Baupoliten veranstaltete am 9. März in Halle eine Kundgebung, um den engen Zusammenhang zwischen Arbeitsmarkt und Baupolitik anzugehen. Der Präsident der Reichsanstalt, Weidmann, hat sich auf dieser Tagung einen Vortrag gehalten, in dem er die Lage der Bauwirtschaft und die Bedeutung der Baupolitik für den Arbeitsmarkt darlegte. Dr. Syrup — auf dem Gebiete der Arbeitsbeschaffung im Wege der werkschaftlichen Arbeitslosenfürsorge, also bei gemeinsamen und zünftigen Arbeiten, tätig geworden. Es wurden die Arbeitslosen in Angriff genommen, bei denen die Bewegung großer Erdmassen und damit das Ansehen vieler Arbeiter entscheidend waren. Gemeinnützigkeit bedeutete allerdings nicht Regierarbeit (?), sondern die ordnungsmäßige Vergütung der Bauten durch die öffentlichen Bauherren an die Baubetriebe. Für die werkschaftliche Arbeitslosenfürsorge seien in den letzten Jahren von der Reichsanstalt, von Reich und Ländern rund eine Milliarde Mark aufgebracht und damit Arbeiten mit einem Gesamtlohnenaufwand von rund zwei Milliarden Mark voll-



bracht worden. Leider sei für die Zukunft die Finanzierung der Volkswirtschaften noch ungewiß; die Reichsanstalt werde aber auch künftig ihre Zuschüsse geben. Die Deutsche Gesellschaft für öffentliche Arbeiten habe bisher 30 Millionen Mark bereitgestellt, dieser Betrag wird noch erhöht werden. In welchem Ausmaße die Länder in ihren Staatshaushalten Mittel bereitstellen und welche Träger der Arbeiten die Restkosten aufbringen, sei zur Zeit noch ungewiß. Jedoch sei es sicher zu erwarten, daß auf dem Gebiete der werkschaftlichen Arbeitslosenfürsorge eine ganze Reihe hochwertiger Arbeiten in Angriff genommen werden. Im übrigen erscheine es unmöglich, angesichts der Strukturveränderungen der deutschen Wirtschaft auch bei günstigerer Konjunktur das Millionenheer der Arbeitslosen wieder an die alten Arbeitsplätze zu bringen. Ein Teil der arbeitslosen Industriearbeiter müsse auf das Land zurückgeführt oder auf landwirtschaftliche oder gärtnerische Arbeiten umgestellt werden.

Die Entschloßung über die Möglichkeit einer auf die Dauer wirksamen Arbeitsbeschaffung liege vor allem auf finanziellen Gebieten. Sehen wir in normalen Zeiten mit geregelter Kapital- und Arbeitsmarkt, so können im Baugewerbe Hunderttausende von Arbeitslosen in Arbeit gebracht werden, wodurch die gesamte Wirtschaft belebt und dem Arbeitsmarkt ein völlig anderes Aussehen gegeben würde. Für den großen Straßenbau, einschließlich der städtischen Durchgangsstraßen, betrügen die normalen Jahresausgaben nach Sachverständigen schätzung etwa 800 Millionen Mark, die Ausgaben der Städte für die übrigen Straßen dürften 600 bis 700 Millionen Mark jährlich betragen. Solche man die notwendigen Instandsetzungsarbeiten hinaus, so würde dies für spätere Jahre eine Verwirklichung der Unterhaltungskosten bedeuten. Die Unterlassung von Arbeiten des Hochbaufaches hat Sachverständigen zur Folge, die alljährlich auf viele Millionen Mark zu veranschlagen sind. Ferner seien 8 bis 10 Millionen Hektar, also ein Drittel des gesamten Ackerbodens, in drainierungsbedürftig. Eine Million Ackerbauern seien vorhanden, deren vernachlässigter Zustand eine Beschäftigungsmöglichkeit für 400 000 Bauarbeiter auf die Dauer eines Jahres geben könne. Diese Beispiele zeigten, welche fast unergründlichen Arbeitsgelegenheiten das Baugewerbe biete und welche entscheidenden Impulse der gesamten Wirtschaft durch die Inangriffnahme auch nur eines Teils solcher Arbeiten gegeben werden könnten.

Die Stimme des Dr. Syrup dürfte wohl gelten als die des Dr. Erwin Löff im „Berliner Tageblatt“ vom 10. März. Dr. Löff behauptet, daß Bauen von Kleinwohnungen habe wenig Zweck, da es an Mietern fehler dürfte, die die Mieten dafür erscheinigen könnten. Wir wollen dieser Auffassung nicht unbedingt absprechend gegenüberstehen. Aber ein gerüttelt Maß von Schutz fräse bedürfen die Lohnbaupolitiker der Reichsregierung und des deutschen Unternehmertums, das bereits seit Jahren schreit, die eigene Mieten abgebaut werden, um die deutsche Wirtschaft allgemein „ankurbeln“ zu können. Das ist zwar Uninn — und wir wollen uns im Rahmen dieses Aufsatzes damit nicht länger aufhalten — aber es ist Methode. Und alle Anzeichen deuten darauf hin, daß es von dieser verdrückten Politik zunächst auch noch nicht ablassen möchte. Da ist es dann ganz selbstverständlich, daß Arbeiter, die Hungerlöhne beziehen, in finsternen Mietlöchern bleiben müssen, weil sie die erhöhten Mieten für gesunde Wohnungen nicht aufbringen können.

Jedenfalls zeigen die Ausführungen des Dr. Syrup, daß sich Arbeitsmöglichkeiten im Baugewerbe in Halle und in Halle bieten. Wir finden uns in der erfreulichen Absprache mit Dr. Syrup. Erst kürzlich haben wir im „Grundstein“ in umfangreicher Weise alle Arbeitsmöglichkeiten für das Baugewerbe aufgezählt. Und wenn es sich nur um die Aufbringung der Mieten handelt, so dürfen sich Mittel und Wege finden lassen, um sogar ärmeren Schichten Ge-

legenheit zu geben, in gesunden Neubaugewerken zu wohnen bei einem erträglichen Mietfuß. Allerdings darf man nicht der Ansicht des Dr. Stoffel von Reichsverband industrieller Bauunternehmungen auf jener Tagung folgen, auf der er erklärte, die „Baugewerkschaften müßten in ein angemessenes, etwa der Vorkriegszeit entsprechende Verhältnis zum Lohnniveau der gesamten Industrie kommen“. Wenn wir diesen Satz richtig verstehen, so meint Dr. Stoffel damit, die nominellen Vorkriegslöhne müßten allgemein wieder in Deutschland Geltung haben. Wenn das damit gemeint ist, dann mag man allerdings den Kleinwohnungsbau ruhig aufheben, denn dann dürfte es unter der Arbeiterkraft nur wenige Gläubiger geben, die einen höheren Mietfuß aufbringen könnten. Aber es ist nun einmal so: Auf der einen Seite möchten die Unternehmer des Baugewerbes Arbeit haben — und sie befinden sich auf diesem Gebiete mit in völligem Einklang — aber auf der anderen Seite möchten sie Hungerlöhne zahlen, möchten sie, daß allgemein Hungerlöhne gezahlt werden, wodurch das Wohnen in den neu zu schaffenden Wohnungen zur Unmöglichkeit würde. Es fehlt uns ein „Wirtschaftsführer“, zum mindesten an klarer Erkenntnis...

Erfreulich ist nicht, was Dr. Syrup auf jener Tagung über den freiwilligen Arbeitsdienst gesagt hat. Er sagte da, man habe in der Zeit eines halben Jahres etwa 25 000 bis 30 000 Arbeitsdienstwilligen auf diese Weise Beschäftigung geben können. An und für sich erfreulich! Aber Dr. Syrup schiebt auch aus bei diesen Arbeiten müsse der Grundgedanke der Wirtschaftlichkeit erfüllt sein, damit dem freien Arbeitsmarkt nicht planmäßige Arbeiten entzogen werden und das Baugewerbe nicht noch mehr geschädigt wird. Wir können feststellen, daß fast durch alle diese „zünftigen Arbeiten“ das Baugewerbe geschädigt worden ist. Wir könnten dies an über hundert Beispielen nachweisen, wollen uns jedoch darauf beschränken, ein besonders markantes Beispiel zu nennen. Der Bau des Mittelkanals zwischen Peine und Oebisfelde erforderte 15 bis 16 000 Kubikmeter Erdbewegung. Der Mittelkanal wurde bis heute noch nicht fertiggestellt. Die von uns hier erwähnte Strecke wurde im Wege des freiwilligen Arbeitsdienstes hergeführt. In diesem Beispiel ist treffend erweisen, daß das Baugewerbe durch sogenannte zünftige Arbeiten im freiwilligen Arbeitsdienst sehr stark geschädigt wird. Wir können nur dringend wünschen, daß man mit diesem Unfug des freiwilligen Arbeitsdienstes, der vielfach feurer zu stehen kommt als die Ausführung der gleichen Arbeit auf dem Wege des tariflichen Arbeitsvertrages, endlich Schluss macht.

Interessant ist auch, was der Regierungsbaumeister Kallmeyer auf jener Konferenz sagte. Die Bauwirtschaft habe im Wohnungsbau während der letzten Jahre in fast völliger Abhängigkeit von der öffentlichen Hand gestanden. Zunehmend sei sie durch deren Willkür fast ganz zum Stillstand gekommen. Die Staatspolitik im Wohnungsbau habe diese Abhängigkeit herbeigeführt, nimmere sie es aber auch Pflicht des Staates, für einen Lebergang zu sorgen, um das völlige Erliegen der Wohnungsbauwirtschaft mit ihren katastrophalen Folgen zu verhindern. Der Lebergang zu einer Bauwirtschaft, die von der Staatsplanung durch die öffentliche Hand unabhängig ist und wieder auf eigenen Füßen steht, müsse gefunden werden. Die Forderung sei: „Macht das Bauen wieder rentabel!“

Wer war es denn, der schon seit langen Jahren geschrien hat, der Wohnungsbau müsse der öffentlichen Hand entzogen werden? Das waren die dem Herrn Regierungsbaumeister Kallmeyer nachstehenden Kreise, wir dagegen sind immer wieder für den Wohnungsbau durch die öffentliche Hand unter Anaprdnahme der Hauszinssteuer eingetreten, weil wir voraussehen, daß die Zustände auf dem Baumarkt geradezu hofflos und katastrophal werden müßten, wenn dies nicht mehr geschähe. Man hat die Meister der Regierung gerufen, sie sind gekommen, nun wird man sie nicht wieder los. — Im übrigen sagte aber auch der Herr Regierungsbaumeister Kallmeyer manches Vernünftige. So meinte er, es wäre falsch, wenn man im Stadtbauwesen die berufsmäßige Betätigung von Architekten im Baugewerbe und die Betätigung des Geometers in einem Gewerbe stellen würde. Im Stadtbauwesen seien Gebäude von Dauerwert zu schaffen, mangelhafte Selbstunterkünfte seien unbedingt zu vermeiden.

So hat diese Tagung manche nützlichen Fingerzeige gegeben. Wir möchten behaupten, daß das, was dort gesagt worden ist und mit den bereits genannten Ausnahmen auch unsere Beifall findet, im Reichsabinett gehört wird. Die Schlüsse, die es daraus zu ziehen hätte, liegen auf der Hand. Im übrigen lie die stärkste Triebkraft für die Reichsregierung in der ganzen Frage: Schafft Arbeit!

### Die wirtschaftliche Lage.

Der neueste Bericht des Instituts für Konjunkturforschung gibt einen pessimistischen Überblick über die derzeitige Wirtschaftslage. Danach ist durch die Abkopplung der Volkswirtschaften vor allem in den Industrieländern der Schwumpungsprozess weiter fortgeschritten. Die industrielle Weltproduktion sank nach der Höchstzahl von 84,3 im Juli auf 80,2 im Dezember 1931. Die Gesamtproduktion hat sich seit dem Hochstand der Konjunktur im Jahre 1929 um 30% vermindert und befindet sich mit dieser Leistungseinschränkung unter dem Stande von 1913. Am stärksten eingeschränkt ist die Produktionsgüterindustrie, aber auch die Leistung der Verbrauchsgüterindustrie ist zurückgegangen, da die Kaufkraft der Massen in der ganzen Welt durch Lohnherabsetzungen weiter gesunken ist. Seit Ende 1930 lassen sich Anzeichen zu einer festeren Lage auf dem Weltmarkt erkennen, die aber nur die Rohstoffe der Verbrauchsgüterindustrie umfaßt. Die Anpassung der Fertigungswarenpreise an die Rohstoffpreise ist noch nicht genügend fortgeschritten, da die Preiselastizität für Fertigungswaren sich wesentlich langsamer vollzieht. Von entscheidender Bedeutung für die Weiterentwicklung der Weltwirtschaft ist der schwere Konkurrenzkampf um den Weltmarkt, verstärkt durch Währungsverschlechterung einzelner Länder — und der Kampf gegen die Deflation. In keinem Industriezweig sind bei Verringerung der Umsätze Umsätze zur Kapitalverflechtung vorhanden. Die Verflechtung des Weltmarktes aber ist die Voraussetzung einer Behebung der Konjunktur. Das Institut für Konjunktur-





# Unterhaltung und Wissen



## Osterglaube der Arbeit.

Wer immer strebend sich demüht,  
Den können wir erlösen.

Goethe, Faust.

Erlösung von allen Leiden, Ueberwindung von allem Knechtstand — O fern: es wird nur werden durch die eigene Tat. O kling' der Faust' aus. Das war Goethes letzte und reifste Erkenntnis.

„Nur Kämpfer sein, heißt ein Mensch zu sein.“ So hatte er es vorher schon einmal ausgesprochen. Und der Dichter wuchs in die Tiefe dieser kämpferischen Weltanschauung. Immer mehr er fand in ihm die Ehrfurcht vor der eigenen Weltgestaltung. Und die Tat wurde ihm zum höchsten Ausdruck des Göttlichen.

Wir erlösen, wenn der Mensch strebt und ringt. Eingefügt wird die soziale Tat in den Weltgedanken. Der kämpfende Mensch steht nicht allein. Er ist nicht aus dem Einzelnen losgerissen. Er trägt das Ewige, und das Ewige hält ihn. In der Tat ringt das Göttliche.

Warum wenden sich so manche immer noch vom Kampfgedanken ab? Er soll ruh' sein? Er soll keine Seele nicht befriedigen können? Er soll dem Suchen der Frau nichts zu geben vermögen? Nichts der glaubenden Jugend?

Wer das sagt, der hat den Kampf um Weltgestaltung noch nie in seiner tiefsten Tiefe erlebt. Das Göttliche ringt nur in der Ueberwindung.

Jahrhunderte hindurch hat man das Leiden verehrt im Götterglauben, vor Ostern feierte man auch den sieghaftesten Glauben, den Triumph. Darum war Goethe das Höhere im Göttlichen das Triumphierende, das Ueberwindende. Und der erlebt es, der in eigener Tat um die neue Arbeit in „Gemeinrang“ ringt!

Zur Religion hat Goethe-Faust die Tat des kämpfenden Menschen gegeben. Kämpferum ist heiliges Menschenstum. Kämpferum ist heiliges Werk. Kampf ist heiliger Dienst an dem Göttlichen.

Gerechtigkeit, Liebe, Freiheit, Brüderlichkeit aller Menschen: nenne es, wie du nur willst! Umgib es mit religiösen Formen, wie du nur möchtest! Liebe erleben kannst du das Göttliche nur im glaubenden Kampf!

Religion beginnt, sich mit der Tat zu binden. Arbeit will zugleich Göttlichkeit sein. Menschen wollen mit Menschen zusammenstehen in einem Erleben.

Die Geschichte des Lebens zeigt sich. O fern! Leuchtest! Ostern des Sieges!

## Ferdinand Freiligrath.

(Zu seinem Todestag am 18. März.)

Unser Gedanke gilt heute nicht dem Dichter des „Ewennit“, der „Auswanderer“ oder der „Trompete von Gravelotte“. Diese Gedichte, die in die Schulbücher übergegangen sind, waren wohl schon köstlich ausgestreute Proben seiner poetischen Kunst; jedoch mehr oder weniger romantische und abseitige Bemühungen. In ihrer zeitgeschichtlichen Bedeutunglosigkeit kein charakteristisches Denkmal für Freiligrath. Es kann darum nur die Aufgabe eines nachdauernden Gedankens sein, daß uns der „Dichter der Märztage“ des Jahres 1848, der Sänger des revolutionären Bürgerturns und des erwachsenen Proletariats zu einer aufrichtigen Erinnerung zusammenführt. Ohne den inneren und äußeren Entwicklungsgang Freiligraths verschweigen zu wollen, gelten vornehmlich diese Seiten dem trübsigen, unermüdeten Kämpfer der zweiten deutschen Revolution.

Freiligrath, am 17. Juni 1810 als Sohn eines Schulmeisters in Detmold geboren, wurde nach Beendigung seiner Schulzeit Kaufmann und begann als Dichter mit einer erotischen Lyrik, die sich im besonderen durch eine farbenprächtige Bildhaftigkeit und durch die Intensität ihrer Sprachkraft auszeichnete. Als Angehöriger eines großen überseeischen Handelshauses mit Exportverkehr war ihm Stoff und Einbildung für seine äppige Phantasie gegeben. Durch seine unergiebliche Formgestaltung beeindruckt, ward man bald auf ihn aufmerksam. So kam es, daß ihm schon am Anfang seiner dichterischen Laufbahn durch die Vermittlung des weimarischen Staatskanzlers von Müller, des Freundes Goethes, ein Ehrenlohn von 300 Talern jährlich von der preussischen Regierung zur Verfügung gestellt wurde. Zunehmend gehörte in der Folgezeit Freiligrath, wenn auch nicht zur Hoffähigen, jedoch zur hoffähigen Gesellschaft des Königs Friedrich Wilhelm IV. Es ist begreiflich, daß ihm, dem so einfachen Mann aus dem Volke, das zwangvolle Zusammensein mit den Wirklichen Geheime Räten, Ministern und Hofdamen eine Belastung seines natürlichen Wesens wurde, und er sich danach sehnte, dieser bewußten, selbstwählenden Atmosphäre und diesen verhaltenen und verrohten Hirnen fern zu werden.

Die Politik des durch die Kleinhafteren gerissenen Deutschland interessierte ihn damals wenig. „Politisch Red“ war ihm noch „ein garstiges Red“. Freiligrath hat seinen Einzug in die Politik selbst einmal in einer höchst kleinen Geschichte dargestellt, die auch so recht das Charakteristikum der Seite charakterisiert. Er erzählt: „Als ich im einfachen schwarzen Frack ins Vorzimmer und in den Saal kam, wo ich lauter goldbestreute, besternte Herren fand, sah ich, daß jeder zu mir herüberstiehe, wie ich wohl sein möchte. Diesen und jenen kannte ich; man nannte meinen Namen, aber niemand sprach mit mir und ich drückte mich in eine Ecke. Da kam der Erzherzog die Reihe entlang auch zu mir. Kaum war er weg, so drängte sich jeder Mann von dem Gescheine an mich, begrüßte mich, erinnerte sich meiner. An jenem Abend und in jener Stunde ward ich Demokrat.“ Von diesem Tag an datiert auch eine wesentliche Veränderung in seinem dichterischen Schaffen; nun nun an wogte es Freiligrath, frei und offen als Dichter und als freier Bürger zu erscheinen. Das beauftragte damals viel. Es gehörte Kühnheit und Offenung dazu. Jene Zeit und jene Revolution von 1848 war ja ihrer gesellschaftlichen Entstehung nach etwas ganz anderes, als etwa

## Der Arbeit Golgatha . . .

Ein ragend' Kreuz auf grauem, kahlem Hügel  
Reckt seine wuchtig-schweren Riesenschwingen  
In schwarze Nacht an düst'rer Schädelsstätte.  
Und bleich, das schmale Dulderhaupt unwunden  
Mit einer stachlicht-scharfen Dornenkette,  
Hängt an dem Kreuz, gemartert und zerschunden,  
Die Arbeit. Durch ein scharfes Machtebot  
Der Mammonsgier war sie dazu berufen.  
Aber denen, die kraft Armut der Geburt  
Den Reichen frommend, reiche Schätze schufen,  
Ein karges Stückchen Brot als Atzung darzubieten.  
Und jene, die rebellisch dann gemurt,  
Die nicht vermochten, ihren Mund zu hüten,  
Und forderten, daß ihrem Fleiß und Schweiß  
Als Lohn erwachse ein gerechter Preis,  
Die überlieferte das gleiche Machtebot  
Dem grimmen Hunger und der bleichen Not. —  
So hat man stets seit altersgrauer Zeit  
Die Arbeitssklaven ungerecht behandelt  
Und sie dem Elend und der Not geweiht.  
Doch sagt, hat sich seitdem der Brauch gewandelt?

Heut strotzt die ganze Welt im Ueberfluß,  
Den fleiß'ge Hände unverdrossen schufen;  
Doch jene, die dies reiche Wirtschaftsflut  
Erzeugt, stürzt man verächtlich von den Stufen  
Des Lebens in des Elends dunkle Nacht . . .

Tönt's nicht: „Es ist vollbracht!“  
Von jenem nachtumflorten Kreuzeshügel?  
Umshingen schützend frommer Engel Flügel  
Den Märtyrer, der dort am Pfahl hing?  
O nein! Es bleibt bei Elend und bei Qual!  
Und wenn ihr selber nicht zum Lichte drängt,  
Bleibt euer Lehen kümmerlich und schall!  
Millionen sonst so fleiß'ger Arbeitshände  
Sind heute müßig in den Schoß gefallt;  
Verzweilung schleudert heiße Feuerbrände,  
Zu wilder Wut und blindem Haß gestaltet,  
In viele Herzen. An das Kreuz geschlagen  
Hat man die Arbeit. Aus der Tiefe dringt  
Der Schrei nach Brot und nach Gerechtigkeit!

Wohlan! Kein milder Welterlöser bringt  
Befreiung euch in dieser schweren Zeit!  
Drum helfe euch selber! Aber dies bedenkt:  
Ihr seid auf euch gestellt.

Und euch wird nicht geschenkt  
Durch milden Sinn des Lebens heilig' Recht!  
Das böse Unrecht dieser Welt  
Wird nur durch eure Einigkeit gefällt!  
Drum auf zur Tat und auf zur Einigkeit,  
Es ist fürwahr die allerhöchste Zeit!  
Und eines noch bedenkt: Haß oder Wut  
Sind schlechte Führer. Der Begeist'ring Glut,  
Gepaart mit des Verstandes kühlem Sinn,  
Dies führt allein zum großen Ziele hin!  
Drum mutig vorwärts und verstandesklar,  
Dann wird der Arbeit festgegannte Ehr  
Gerechtigkeit und Menschentum erring  
Und alle ihre Gegner niederzwingen!  
Dann sinkt das Kreuz, dann sinkt der Arbeit Pein  
Und frei und leicht wird euer Leben sein! Tafel.

die Erhebung von 1918. Ein eigentliches Industrie-  
proletariat war erst im Entstehen. Die Vorbereiter und Träger  
jener Märzschritte waren das liberal gefärbte, revolutionäre,  
demokratische Bürgerturn, das sich mit den Arbeitern  
verbunden hatte und den Traum einer geeinigten, reichs-  
deutschen, schwarz-rot-goldenen Republik im Herzen trug.  
Im März 1848 erschien Freiligraths Gedichtsammlung  
„Ein Glaubensbekenntnis“; man empfand, wie ernst,  
wie aufrichtig er es mit der Sache des Volkes meinte.  
Dieses Buch war ein wirkliches Bekenntnis, das viele  
gleichgesinnte Stimmen zusammenband. Im Vormort schrieb  
er: „Best und unerschütterlich trete ich auf die Seite derer,  
die mit Hirn und Brust der Reaktion sich entgegenstemmen!  
Kein Leben mehr für mich ohne Freiheit! Wie die Loh  
dieses Wüchslins und meine eigenen auch fallen mögen:  
solange der Druck währt, unter dem ich mein Vaterland  
leiden sehe, wird mein Herz bluten und sich empören, sollen  
mein Mund und mein Arm nicht müde werden, zur Er-  
innerung besserer Tage noch Kräfte des heiligen mitzu-  
wirken! Mein Gedicht ist der Zukunft zugewandt!“

Doch schon damals burkte nichts ungeschickt geschrieben  
und geschöbel werden. Die Wahrheit war stets eine unlieb-  
same Göttin. Preussische Polizei und Zensur waren fortan  
hinter Freiligrath her. Als einer der gefährlichsten Hasser  
des Königtums wurde er verfolgt, bis er nach England  
floh und dort die Dichtertätigkeit wieder mit dem Kontor-  
schmel verkaufen mußte.

Schon im Jahre 1845 war er in Brüssel mit Karl  
Marx zusammengetroffen; es ist zweifellos, daß die herz-  
liche Kameradschaft, die ihn mit diesem großen Theoretiker  
des Sozialismus verband, auch auf die Festigung seiner poli-  
tischen Ueberzeugung gewirkt hat. Hatte er immer noch  
geklagt — „auf einer höheren Warte“ — wie er lag —  
gegen Krone und Reaktion kämpfen zu können, so wurde  
er endlich das, was sein mußte: Entschlossen, Loslösung  
von allem Besitzigen, Parteilosheit und sich immer schämen,  
Parasit zu sein.

Als dann der Märzsturm Deutschlands im Jahre 1848  
ausbrach, kehrte Freiligrath aus England zurück und schleuderte  
als Mitbegründer der von Karl Marx begründeten  
„Neuen Rheinischen Zeitung“ seine flammenden,  
knackernden Gesänge ins dunkle und verdorrte Preußen.  
Seine Gedichte fielen wie Zunder in die Massen, beschleunigten  
ihre Erregung, waren Signal und Aufmunterung.

Der Ausgang dieser Kampftage ist bekannt. Die Re-  
publik, die so viele Herzen und Hirne ersehnten, blieb ein  
Traum. Es mußten erst noch lange Jahre der Erniedri-  
gung mit einer immer größeren Verknöcherung des Proletariats  
kommen, ehe das Tor der Freiheit den Rufen und  
Lappertien geöffnet wurde. So ward den Aufständigen  
nur der Triumph, daß man den König zwingen konnte, vor  
den aufgebahrten Barrikadenkämpfern den Hut zu ziehen;  
ein symbolisches Ereignis, das in der Geschichte der deut-  
schen Arbeiterbewegung mit Stolz und Genugtuung genannt  
werden darf. Freiligraths Gedicht „Die Toten an die  
Lebenden“, zeugt in die Ewigkeit hinaus für diesen  
geschichtlichen Tag.

Am 9. August 1848 darob verhaftet, angeklagt, die Bürger  
gegen die landesherrliche Macht aufgereizt zu haben, stand  
Freiligrath am 3. Oktober des gleichen Jahres vor dem  
Hofgericht in Schwabmünchen und wurde unter dem Jubel der  
ansammelnden Freunde — freigesprochen! Im Jahre 1851  
schrieb er das Gedicht „Die Revolution“, wohl das größte,  
dramatischste, politische Gedicht aller Zeiten. Als  
achtundfünfziger aus England heimkehrte, nahm er wieder  
Wohnung in Süddeutschland, in Stuttgart und Cannstatt. In  
dem grünen Lederstuhl, in dem Goethe gestorben  
war, starb auch Freiligrath. Die Glocken läuteten den  
18. März 1876.

Eine vortreffliche Auswahl der besten Gedichte Freiligraths  
ist, mit einem Vormort des verstorbenen preussischen  
Kulturministers Konrad Haenrich versehen, im Arbeiter-  
jugend-Verlag, Berlin, erschienen. Walter G. Dittmann.

## Größtes und Kleinstes.

Das Weltall hat Entfernungen, die uns einfach unfaß-  
bar sind. Und in ihm wirken Größen und Zeiträume, die wir  
kaum begreifen können. Die Sonne ist groß, und dennoch  
gibt es Sonnen, die zwanzigtausendmal größer sind. Viele  
Milliarden Jahre ist die Sonne alt, die Erdkruste zählt min-  
destens eine Milliarde Jahre. Und jede Sekunde schenkt  
die Sonne vier Millionen Tonnen Materie in den Welt-  
raum hinaus, im Jahre 130 Millionen Tonnen. Welch ein  
Vermögensverlust, den die Sonne so durch ihre Strahlung er-  
leidet, und doch leuchtet sie uns täglich und noch auf Zeiten,  
die wir ewig nennen!

Sind diese Unbegreiflichkeiten des Naturlichen aber nur  
im meisten All? Ueberall umgibt uns Unfaßliches! Immer  
ist um uns der Stoff. Wo wir auch sind, umgibt uns Ma-  
terie. Wir nennen sie fest, weil wir ihr „Leben“ noch nicht  
durchschauen können. Aber wir wissen, daß jedes Stück  
Materie, sei es ein Stück Papier, oder ein Stück Holz oder  
Metall, aus ungezählten allerleinchen, gar nicht vorstell-  
baren Teilchen, den Molekülen, besteht. Sogar ein Kubik-  
zentimeter Luft enthält etwa 27 Trillionen Moleküle. Das  
wollt die Zahl schreiben? Zu es, um das Wunder eines  
Kubikzentimeters zu ahnen, und siehe 18 Nullen hinter die  
Kubikzentimeter in Zahlen auf dem Papier!

Derlei sei Theorie, meinst du? Mit solchen Wissenigkeiten  
kann die Praxis nichts anfangen? Da ist bei Potsdam seit  
kurzer Zeit ein winziges Forschungsbaus errichtet, das der  
Erforschung der Höhenstrahlen dienen soll, das erste und  
einzige Forschungsinstitut dieser Art in der Welt. Es ent-  
hält allerfeinste Apparate, die Ströme von gebanntem Wil-  
lonfloss Ampere zu messen vermögen . . .

Nach den Jahren des Erforschens des Unbegreiflichen  
im Weltall wendet sich der Mensch nun auch dem Un-  
begreiflichen des Allerkleinsten zu. So spielen heute in der  
Wissenschaft die Wellen eine große Rolle. Wir hörten alle  
von Strahlungen, die Prof. Piccard in der Stratosphäre  
erforschen wollte, auch vom Radio her sind uns Wellen be-  
kannt. Doch wie unbegreiflich, wenn man Wellen  
mittels, die so kurz sind, daß nach 12 Millionen Stück auf  
einem Zentimeter entfallen!

Und welche Energien im Allerkleinsten enthal-  
ten sind! Ein Gramm Radium — nur ein Gramm, aber  
es kann 25 000 Liter Wasser zum Sieden bringen.

Wunder des Kleinsten wie des Größten! Unbegreiflich-  
keiten im Nächsten wie im Fernsten! Und demütig stehen  
wir alle vor dem Geist. Und wir besinnen uns auf uns  
selber.

Kämpf für das Leben, das solcher ehrsüchtigen  
Menschen würdig ist! Für das Leben, dessen Wesen die  
Freiheit ist! Für die neue Arbeit in schöpferischem Glück!  
\*\*\*\*\*

Wo wird am wenigsten geheiratet? Die Heiratsziffer  
ist neuerdings in den Großstädten am stärksten zurück-  
gegangen. Wie „Wirtschaft und Statistik“ mittelt, ging  
sie in der Gesamtheit der Großstädte um 40 % stärker zu-  
rück als im Reichsdurchschnitt. Die Arbeitslosigkeit macht  
sich eben — so bemerkt die Zeitschrift hierzu — in den  
Großstädten am empfindlichsten fühlbar. Dazu kommt, daß  
eine Zuwanderung von heiratsfähigen jungen Menschen  
in die Großstädte neuerdings nicht mehr festzustellen ist. Im  
Gegenteil hat statt dessen eine Abwanderung aus der Groß-  
stadt eingeleitet. So wird sich die Wirtschaftslage natürlich  
auch in einem beträchtlichen Sinken der Heiratsziffern  
auswirken.

Kilometergeld. Im Westen Leipzigs brannte eine Feld-  
scheune, in deren Umkreis Kanien- und Holzfabriken stehen.  
Da an diesem Abend in Leipzig großes Radrennen war, sah  
man von dort den Feuerstein am Himmel. Die Besucher des  
Renrens waren im Glauben, daß eine der Fabriken brenne und  
elfen nach der Brandstätte. Unter den Neugierigen befand  
sich auch der Bauunternehmer-Syndikus Dr. Mathias, der  
den Bauarbeitern das Kilometergeld stiftet gemacht hatte. Die  
Gemeindebevollmächtigten den Brand nicht löschen konnten,  
stellte Dr. Mathias an einige Umstehende die Frage:  
„Warum nur die lästliche Feuerwehr nicht hierher kommt?“  
Ihm antwortete ein Bauarbeiter in lächlich: „Du gehst wie  
in Leihgeber Metern, die kredenzen noch kein Kilometergeld.“

# Streiks u. Lohnbewegungen

**Maurer, Baubüchse- und Tiefbauarbeiter:** Geperft sind die Arbeiter des Unternehmers Schauer, Niederbüßau (Niedb.), Baustelle Osthof Wilschhofsch bei Reinfeld wegen unverschämten Lohnabwärtens und die Arbeiter der Firma Wierlich in Norden wegen Tarifbruch.

**Löcher:** Geperft sind in Emmilshaus die Firma Hezinger, in Hebenheim-Ernstthal Eugen Wolf, in Zeitz die Ofengeschäfte Gustav Neumann, Gustav Hönike und Böhm.

**Memel:** Die Maurer stehen im Abwehrstreik. Kein Bauarbeiter darf nach Memel gehen!

**Schweiz:** Umfangreiche Lohnbewegungen stehen im Schweizer Bau- und Holzgewerbe bevor. So sind von den Unternehmern im Holzgewerbe fünf Verträge, im Bauwesen 13 Verträge für Maurer, Handlanger und Plattenleger, im Maler- und Spisergewerbe fünf Verträge, im Zimmerergewerbe zwei Verträge, bei den Stein- und Marmorarbeitern zwei Verträge gekündigt worden. Der Landesrat im Parkesgewerbe der deutschen Schweiz dagegen ist von den Arbeitern gekündigt worden. Ein Gesamtüberblick aber ergibt, daß das Unternehmertum in der Schweiz den schärftesten Spuren seiner Kollegen in Deutschland zu folgen bemüht ist.

**Oesterreich:** Auch in diesem Lande fühlen sich die Bauunternehmer stark. Die Verhandlungen mit dem Arbeitgeberbund für das Baugewerbe in Wien haben sich zerfallen. Schöff unfriedfertig erklärte der Präsident der Unternehmerorganisation, Herr Dr. Siegfried Wrad, die Bauarbeiter hätten sich bedingungslos dem von den Unternehmern beschlossenen Lohnabwärts zu fügen, andernfalls seien die Verhandlungen als gescheitert zu betrachten. Auch an anderen Orten Oesterreichs herrscht bei den Bauunternehmern Kriegsstimmung.

## Aus den Baugewerkschaften

**Sollingen:** Die Baugewerkschaft Sollingen hat an die Landräte, Bürgermeister, Vorständen der Arbeitssämter und Vorständen der Wohnungsbauvereine in Sollingen und Umgebung eine Eingabe mit der Forderung zur Arbeitsbeschaffung gerichtet. Die Eingabe weist auf die furchtbare Arbeitslosigkeit im Baugewerbe hin, die heute 90 % der Baugewerkschaftsmitglieder erfasst hat und fordert mit Nachdruck dringende Maßnahmen zur Beschaffung von Arbeit und Verpflegung der Unternehmer, bei der Auftragsvergabe in erster Linie einheimische Bauarbeiter einzustellen und die Arbeitszeit auf vierzig Stunden wöchentlich zu beschränken.

**München:** Der Streit nach Arbeit. Am 3. März sagte im Münchener Gewerkschaftshaus eine Konferenz der bayerischen Bezirksleiter der DGB, und dem VZB-Bund angeschlossenen Verbände. Zweck der Tagung war, von München aus den dringenden Ruf nach Arbeitsbeschaffung zu erheben. In der Konferenz waren auch anwesend Staatsrat Gasteiner, Präsident Dr. Kerckhoffer und Oberregierungsrat Dolljohel vom Arbeitsamt. Die Forderungen der freien Gewerkschaften präziserte unser Kollege Nikolaus Wernhard in ausführlicher Weise. Naturgemäß ging er in seinem Vortrage vor allem auf die Bauwirtschaft ein, schilderte die trostlose Lage im Baugewerbe und referierte daran, daß dieser Zustand nicht noch länger geduldet werden dürfe. Die gesamte Arbeiterchaft fordere eine sofortige umfassende Arbeitsbeschaffung. Man müsse eingreifen, ehe breite Volksmassen von Verzweiflung gepackt werden. Es wäre freuzugun den Staat und die Gesellschaft bestellt, wenn es so weit käme. Kollege Kupper erwähnte noch, daß in Bayern die Zahl der Arbeitslosen bereits über eine halbe Million betrage; auch die bayerische Regierung müsse ganz energisch an ihre Pflicht erinnern werden. Die Konferenz schloß mit der einstimmigen Annahme einer Entschließung, in der der dringende Ruf des DGB, bei Arbeitsbeschaffung energisch unterstützt wird. Es sei staatspolitische Pflicht der öffentlichen Hand, für Arbeit zu sorgen, um den vollständigen Zusammenbruch der deutschen Wirtschaft zu verhindern. Zufällige Arbeit wird gefördert durch Anagnahme von Bauwerken im Hoch- und Tiefbau. Die Finanzierung produktiver Arbeit, vor allem die Förderung des Kleinwohnungsbaus durch Reich und Länderregierungen sei unbedingt nötig. In Vorlesungen seien die verfügbaren Mittel des Staates in erster Linie für volkswirtschaftlich vordringliche Aufgaben zu verwenden. Der bayerische Staat, der für unproduktive Zwecke Millionen hinauswarf, habe die Pflicht, in erster Linie Arbeit für die Arbeitslosen zu schaffen!

## Aus der Bauarbeiter-Internationale

### Der Streit um die Zuständigkeit.

(B.-I.) Amerika. Wenn es auch in europäischen Ländern hin und wieder zwischen verschiedenen Berufen Streit über das Recht auf gewisse Arbeiten gegeben hat, so hat solcher Streit doch nie die Form und den Umfang angenommen wie im Baugewerbe in Amerika. Dadurch, daß neue Bauweisen eingeführt und bisher nicht übliche Baustoffe verwendet werden, sind die Streitigkeiten, welchem Beruf die Arbeit zusteht, immer umfangreicher geworden.

Die ersten Versuche, den Streit um die Zuständigkeit durch vereinbarte Regeln zu verhüten, liegen weit zurück. Als beste Art, solche Regeln zu schaffen und zu überwachen, haben sich die amerikanischen Bauarbeiter wohl jene Organisation vorgestellt, die sie Building Trades Department of the American Federation of Labour (Baugewerbeabteilung im Rahmen des Amerikanischen Gewerkschaftsbundes) nennen. Diese Organisation wurde im Februar 1908 gegründet; ihr sollen alle Verbände an gehören, die baugewerbliche Arbeiter als Mitglieder haben.

Die in der Satzung bezeichneten Aufgaben sind „die Schlichtung gewerblicher Streitigkeiten, wie sie sich von Zeit zu Zeit ergeben, auf praktischer Grundlage, sowie die Schaffung harmonischer Beziehungen zwischen dem Arbeitgeber und dem Arbeitnehmer“. An anderer Stelle heißt es: „Indem wir das Recht auf Berufsaufsicht anerkennen, ist es unser Ziel, den verschiedenen Zweigen des Baugewerbes die Kontrolle zu sichern über die Arbeiten, die ihnen rechtmäßig zustehen.“ Unter dem Titel „Jurisdiction Claims“ wird den einzelnen angeschlossenen Organisationen ihr Wirkungsgebiet zugeteilt; oft werden die Arbeiten, die die Mitglieder der betreffenden Organisation beanspruchen dürfen, bis in alle Einzelheiten aufgeführt. Aber nicht immer scheint es zu gelingen, den Streitenden zu ihrem Recht zu verhelfen. Jene, die sich benachteiligt fühlen, murren; schließlich machen sie nicht mehr mit. Der Streit wird erbittert weitergeführt, wobei nicht selten die Arbeit unterbrochen wird. Das Building Trades Department konnte solche Vorkommnisse nicht verhindern. Diese Einsicht hat wohl dazu beigetragen, daß im vorigen Jahre ein Schiedsgericht für Zuständigkeitsstreitigkeiten im Baugewerbe geschaffen wurde, das sich zusammensetzt aus Vertretern der Baugewerbeabteilung des Amerikanischen Gewerkschaftsbundes und des Nationalverbandes der Bauunternehmer. Der darüber abgeschlossene Vertrag wird folgendermaßen eingeleitet: „Es läßt sich oft schwer entscheiden, welcher Beruf für eine bestimmte Arbeit am Bau zuständig ist, wenn andere Methoden angewendet oder neue Baustoffe verwendet werden. Bestehen jedoch mehrere Berufe darauf, daß die Anbringung des Materials oder Gegenstandes oder die Verrichtung der betreffenden Arbeit ihnen zusteht, und ist jeder Beruf abgeneigt, dem anderen dieses Recht einzuräumen, so ergibt sich die Notwendigkeit, ein Schiedsgericht zu schaffen, das über derartige Fälle zu entscheiden und herauszufinden hat, ob die betreffende Streitfrage bereits durch frühere Entscheidungen geregelt wurde.“

### Reichspräsidentwahl.

Die Wahl, die eine ungewöhnlich starke Beteiligung aufwies, ergab bisher für Hindenburg 18 659 203, für Hitler 11 326 481, für Duesterberg 2 558 256, für Schämann 5 024 401, für Winter 109 029, unglücklich 53 006 Stimmen. — Diese Zahlen liegen bei Beitrittsschluss vor; sie sind selbstverständlich nicht amtlich. Jedenfalls aber werden Hindenburg an der erforderlichen absoluten Mehrheit einige Hunderttausend Stimmen fehlen. Deshalb ist ein zweiter Wahlgang erforderlich. Unsere Parole bleibt: **Schlagt Hitler!**

Der Wunsch des ganzen Gewerbes und der Öffentlichkeit, Mittel zu finden, um diese kostspieligen und lästigen Fragen in friedlicher, wirtschaftlicher und sachgemäßer Weise zu regeln, damit die Arbeit ungestört fortschreiten kann, bestimmt uns, ein solches Schiedsgericht zu schaffen.“

Das Schiedsgericht tritt mindestens viermal im Jahr zusammen. Gehört werden nur Gesuche der Landesverbände, nicht einzelner Ortsgruppen oder Sektionen. Letztere haben ihre Beschwerden dem Hauptvorstand zur weiteren Erledigung zu übergeben. Der Vertrag wurde von allen Mitgliedern der Baugewerbeabteilung des Amerikanischen Gewerkschaftsbundes unterzeichnet. Der Baugewerbeabteilung nicht angeschlossene sind der Maurer- und Stukaturverband sowie der Verband der Zimmerer und Bauteiler. Der Verband der Elektriker weigerte sich, den Vertrag zu unterzeichnen und schied aus der Baugewerbeabteilung aus. Ob dieses Schiedsgericht, dem sich drei der größten Bauarbeiterverbände nicht unterwerfen, erfolgreicher arbeiten wird als bisher, ist sehr zweifelhaft.

## Vom Bau

Jahresbericht des Baukontrollers beim Thür. Gewerbeaufsichtsamte Gera für 1931. In dem uns vorliegenden Bericht wird geklagt, daß die allgemeine Wirtschaftskrise im Berichtsjahr die Bauwirtschaft weit schwerer getroffen hat als alle Jahre vorher. Die Arbeitslosigkeit war ungeheuer groß. In vielen Fällen konnte nicht einmal für die Lehrjahre Arbeit beschafft werden. Nicht selten wurden an einem Bau nur der Poller und 6 bis 8 Zehrlinge angefertigt. Manche Bauten wurden auch ohne genügende Aufsicht ausgeführt, um den Pollerlos zu sparen. In den Landbezirken wurde oftmals der Tariflos vermerkt und vereinzelt auch die gesetzliche Arbeitszeit überschritten. Wegen dieser Zusammenhänge wurde überall vorgegangen. Stellenweise wurde im Einverständnis mit den Unternehmern während des Sommers nur an 45 Stunden wöchentlich gearbeitet. Im Verlauf des Berichtsjahres wurden 904 Baustellen 1202mal kontrolliert, und zwar einzelne Unternehmern bis zu 22mal und einzelne Baustellen bis zu 17mal. An 36 größeren Baustellen fehlte die Arbeiterverpflegung, in 283 Fällen fehlten die vorgeschriebenen Ausgänge, darunter die Unfallverhütungsvorschriften Bauform 13mal. Das Verbandsjahr fehlte 67mal, 131mal war es nicht vollständig, 10mal war kein ordentlicher Verbandskasten vorhanden. An Gerätschaften, Rüstzeug und sonstigen Hilfsmitteln war 235mal etwas zu bemängeln, so fehlte es an 40 Stellen an Rüstmaterial, 40mal waren Balken- oder Trägelträger nicht oder schlecht abgedeckt, 12mal gab es schlechte Zugänge, 5mal keine Ueberdachung für unten Arbeitende, 12mal defekte Leitern, 3mal fehlte die zweite Ueberdeckung unter dem Arbeitstisch, 16mal das Schutzhorn beim Ueber-die-Hand-Mauern, 53mal war der Schuß bei Dacharbeiten nicht vorhanden oder ungenügend, 7mal fehlte die Verpflegung der Gerüste, 4mal die ordentliche Verpflegung, 14mal die Absteifung. Die Baustoffe fehlten 18mal, die Umwahrung gefährlicher Dreie 13mal, Bordstreifen ohne Schutzblech Rüstmaterial gab es in einem Fall, in einem anderen Fall wurde die Anstiege schlecht befestigt, in 2 Fällen die Rüstungen zu schwach, in einem Fall die Stredhölzer nur geklemmt, in 2 Fällen die Aufpropfen nicht unterstützt; die Aufrichter standen einmal zu weit, die Windstrebe waren einmal nicht gegen Abrutschen gesichert, 2mal waren die Leitergänge schlecht angeordnet, 7mal wurden auf Leitertreppen größere neue Putzarbeiten ausgeführt, 3mal wurden an diesen Gerüsten

keine verschärften Verschönerungen angebracht, 7mal fehlten die Anleiten. Bei Schutzarbeiten fehlte 6mal die Absteifung, 5mal waren die Grabenränder nicht frei gehalten. Anstatt Sicherheitsbaken gab es 3mal nur gewöhnliche S-Baken, 2mal fehlten Gurt und Seile, 5mal waren die Beschäftigten bei gefährlicher Arbeit nicht angeleitet, 20mal gab es Mängel an Maschinen, 4mal solche an Aufzügen, 3mal waren elektrische Leitungen nicht stromlos gemacht, in 7 Fällen mußte Schuß für die Passanten unterhalb der Gerüste verlangt werden, 2mal reichte die Beleuchtung der Arbeitsstelle nicht aus, einmal wurde unter schwebender Last gearbeitet, 2mal bei offenem Kohlenfeuer. Die Feststellvorrichtungen an Drehbänken fehlten durchweg, die Sicherung von Gleisenden in 2 Fällen. An besonders gefährlichen Stellen wurde das Weiterarbeiten bis zur Behebung der Mängel in 15 Fällen verboten. Der Aufenthaltssaum fehlte an 6 Baustellen, 17mal waren das Dach oder die Wände unecht, 10mal taugte der Fußboden nichts, 23mal gab es schlechte Fenster, 40mal waren Tische oder Bänke nicht gehobelt, 9mal fehlte der Ofen, 2mal war der Raum im Keller, 3mal war er zu klein, 8mal nicht verriegelbar, 9mal unanber und 15mal wurden Material oder Geräte darin gelagert. Der Abort fehlte 8mal, 15mal waren Dach oder Wände und 15mal der Tisch nicht in Ordnung, 6mal war er nicht abgehoben, 8mal fehlte der Fußboden, 3mal fehlten die Zwischenwände, 9mal war die Tür nicht gehängt, 6mal war die Hinterseite nicht abgedichtet; mehrmals mußte auf Entleerung oder Geruchlosmachung gedrängt werden. Das Pflaster fehlte in 11 Fällen. Ueberarbeit wurde in 28 Fällen festgestellt. Da sie in 10 Fällen nach dem Gesetz unzulässig war, wurden zum Unternehmern mit 50 und 40 M Geldstrafe belegt. Ein Unternehmer erhielt wegen Zuwiderhandlung gegen die sanitären Vorschriften 20 M Geldstrafe, 8 Unternehmer wurden wegen Zuwiderhandlung gegen die Unfallverhütungsvorschriften zu Geldstrafen von 5 bis 25 M verurteilt. — Von 172 im Hochbau gemeldeten Unfällen können 145 als leichte, 21 als ungewisse und 5 als schwere bezichtigt werden. Von 253 Unfällen im Tiefbau wurden 230 als leichte, 14 als ungewisse und 4 als schwere angesehen; dazu kommen 5 fälschlich verlaufene Unfälle.

**Klein.** (Jahresbericht der Bauarbeiter-Schulkommission.) Man sollte annehmen, daß bei geringer Arbeitslosigkeit die Unfälle am Bau auf ein Minimum herabgedrückt würden. Aber das Gegenteil ist der Fall. Durch die schlechte Arbeitsmöglichkeit hat mancher Bauarbeiter über mangelnde Schutzvorschriften hinweggesehen, um sich bei dem Unternehmer nicht unbeliebt zu machen. So wurden hier im verflorenen Jahre an schweren Unfällen 24 registriert, davon 8 tödlich. Von den tödlichen Unfällen erlittene sich einer beim „F o r b - R e u b a u“, wo ein Maurer beim Gerüstbau abfiel, ferner einer in Ralk bei der Firma Verh, wo ein Anzugträger einfiel und drei Arbeiter mit sich fiel, und einer bei Dachparafuren auf dem „A u r i k u s t e i n w e g“, wo ein Dachdecker mit einer Leiter umfiel und sich so schwere Verletzungen zuzog, daß er hieran verstarb. Von den übrigen Unfällen verdienen jene herausgehoben zu werden, die die Bauarbeiter immer wieder besonders bedrohen, aber bei gutem Willen gänzlich vermieden werden könnten. Erwähnt sei das Untermieren bei Tiefbauarbeiten; auf diese Infette entfielen fünf schwere Unfälle. In fast allen Fällen, wo die Mitglieder der Bauarbeiter-Schulkommission diese Unfälle untersuchten, erklärte die Bauteilung: „Ja, wir haben strikte Anweisung gegeben, jegliches Untermieren zu unterlassen“; das wurde meistens von den Arbeitern bestätigt. Also muß der Grund zu dieser furchtlichen Arbeitsweise meistens zu suchen sein. Die Ursache war immer Akthordarbeit. Und die Preise waren in allen Fällen so miserabel, daß den Arbeitern, wenn sie etwas verdienen wollten, jedes Mittel recht war. Eine andere schwere Infette, die im Tiefbau ebenfalls immer wieder zu schweren Unfällen führt, ist das Mitfahren auf Kippelren. Hierdurch wurden zwei schwere Unfälle hervorgerufen, die in einem Fall den Verlust eines Beines, im anderen den Verlust einer Hand nach sich zogen. Von diesen Unfällen kann man wohl mit Recht sagen, daß sie zu vermeiden sind. Daß jedoch das Sprichwort: „Unglück hat breite Füße“ Berechtigung hat, beweist ein Unfall bei der Siemens-Bauunion in Berg-Grabbach. Ein Maurer, der sich eine Schürze zog, verlor ein Auge dadurch, daß die Schürze riß und das Ende der Schürze ihm das Auge so schwer verletzte, daß er das Augenlicht verlor. — Bei den 88 durchgeführten Kontrollen wurden unzählige Mängel an den Baustellen angetroffen, wodurch zum großen Teil die Unfälle verursacht wurden. Miserebel waren zum großen Teil die für die Arbeiter bestimmten Unterkunftsräume. Die Räume zum Einlagern von Zement und sonstigem Baumaterial sind besser als die Mannschafträume; denn hier geht es ja um den Profit, wenn die Ware verdirbt. Günstige Mängel waren das Fehlen von Verbandskästen, keine Ofen in den Wohnräumen, schlechte Verkehrswege, mangelhafte Schutthölzer, schlechte oder zu kurze Leitergänge, nicht abgedeckte Kelleröffnungen und Treppenhäuser sowie das Fehlen der Schutvorrichtungen an den Maschinen. Außerdem wurde festgestellt, daß unter Aufzügen gearbeitet wurde; hier und da wurde auch mal ein Einbau „vergesen“. Von den schwereren Verletzungen waren vier Maurer, zwei Hilfsarbeiter, sieben Tiefbauarbeiter, vier Zimmerer, zwei Dachdecker und vier Anstieher. Bei 16 Unfällen mußten die Verletzten sofort einem Hospital überwiesen werden. — Diese sechs von Unfällen sollte alle Kollegen, die noch in Arbeit stehen, wahrnehmen, um mitzupreisen, die Unfälle auf ein erträgliches Maß herabzudrücken.

### Ihr Blutzrezept

Erschießen — ! = wer nicht brav pariert,  
Erschießen — ! = wer ein Wort verliert,  
Erschießen — ! = wer für Lohn und Brot,  
Erschießen — ! = wer marxisten-rot,  
Erschießen — ! = wer für Freiheit sicht,  
Erschießen — ! = wer die Wahrheit spricht,  
Erschießen — ! = wer Verdacht erregt,  
Erschießen — ! = wer sich nur bewegt,  
Erschießen — ! = wer zu denken wagt,  
Erschießen — ! = wen der Hunger plagt,  
Erschießen — ! = wer den Geldsack schmäht,  
Erschießen — ! = wer nach aufrecht geht,  
Erschießen — ! = immer-immerzu,  
Erschießen — ! = bis zur Kirchhofsruh;  
Das soll, Prolet, präg es dir ein,  
Des „Dritten Reiches“ Lösung sein — |  
Kurt Kaiser Blüh.



fragen und Konstruktionsübungen, in denen Entwürfe in der von der Praxis geforderten Art angefertigt werden, und wird von Architekten, Ingenieuren und Landmessern erteilt. Die Hochschulausbildung, langjährige Praxis und Berufserfahrung haben. Das neue Unterrichtshalbjahr beginnt Mitte April. Programme und Auskünfte täglich abends von 6 1/2 bis 8 Uhr in der Lehranstalt. In Anbetracht der hohen Bedeutung, die eine theoretische und zeichnerische Ausbildung im Verein mit praktischer Erfahrung für das Berufsleben hat, sei auf die Lehranstalt hingewiesen.

Abrechnung des Deutschen Baugewerksbundes über das IV. Quartal 1931.

Table with columns: Einnahmen, Ausgaben, and Bilanz. Includes sub-sections for 'In Beiträgen' and 'Zurückgezahlte Kapitalien'.

Main table of expenses (Ausgaben) categorized by purpose such as 'Für „Grundstein“', 'Für „Jungvolk“', 'Für „Baumerkweiser“', etc.

Bilanz section showing Einnahme (1734 450,23 M) and Ausgabe (3 082 700,94 M) with a net result of 1 328 250,71 M.

Advertisement for 'LEST DAS BAUWERK' featuring 'Kaiser Kaffee und Kelle' and 'Louis Mosberg'.

Gedenktafel verstorbenen Mitglieder.

- List of deceased members including: Ullenburg, Reinhold Kerischer; Bitterfeld, (Delitzsch) Hermann Donner; Burgfeld, (Burtensdorf) Herm. Irmacher; Grimmshagen, (Seußlich) Herm. Fröhlich; etc.

Bücher u. Schriften

Bestimmungen über die bei Hochbauten anzunehmenden Belastungen und über die zulässigen Beanspruchungen der Bauteile. Erste ergänzte Auflage. Geheftet 1,50 M.

Advertisement for 'Wer Geld sparen will' with a list of products and prices: 3500 Arbeiter und Angestellte, 800 Eisenbahn-Waggons, 70 000 Zentner Wolle, 1000 000 Kopfstelle mit Warten.

Advertisement for 'Gammilwaren' and 'Wer Tasch.-u. Armbr.-Uhr ganz billig' with various product listings and prices.

Advertisement for 'Früh Ulrich' tools and 'Josef Witt, Weiden 54'.